

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/49. Jahrgang

April 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

Stoppt die Kriege! ABRÜSTEN statt AUFRÜSTEN!

Alle Zeichen stehen auf Krieg. Gerade wurden die Kriegseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan und im Irak ausgeweitet, die Militärausgaben sollen verdoppelt werden und auf 2% des Bruttoinlandsprodukts steigen. Die Kriegsrhetorik nimmt zu; das Feindbild Russland wird von allen Kanälen

beschworen. Aber nicht Russland ist an die NATO herangerückt, sondern die NATO an Russland. Gleichzeitig droht Trump mit einem Handelskrieg gegen China – woraus schon heiße Kriege entstanden sind. Die Kriegstreiber müssen gestoppt werden! Mit der Forderung „Abrüsten statt Aufrü-

sten“ hat die Friedensbewegung eine Unterschriftenkampagne gestartet. Sie soll wie einst der Krefelder Appell nicht nur viele Menschen erreichen, sondern auch wachrütteln. Unterschreiben ist gut, darüber diskutieren noch besser, mit Freunden, Kollegen, Nachbarn... www.abruesten.jetzt



DKP solidarisch mit ver.di und den Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die DKP Gießen erklärt sich solidarisch mit Eurer berechtigten Forderung nach einer Lohnerhöhung von 6%, mindestens 200 € Wir sind empört, dass die öffentlichen Unternehmer bis heute kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt haben, obwohl ein Überschuss von fast 40 Mrd. € – davon fast 10 Mrd. bei den Kommunen – vorhanden ist. - Wir möchten außerdem auf den Beschluss der Groko zur Verdoppelung der Rüstungsausgaben um 30 Mrd. € verwei-

sen, Gelder, die für soziale und zivile Zwecke fehlen. Dazu gehört auch eine angemessene Entlohnung der kommunalen Beschäftigten, die in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens verantwortungsvolle Aufgaben wahrnehmen. Eure Arbeit ist unentbehrlich – Ihr seid es wert! - Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um auch öffentlich für Eure Interessen einzutreten. Wir unterstützen Euch in Eurem Tarifkampf und wünschen Euch viel Erfolg. - Mit solidarischen Grüßen
DKP Kreisorganisation Gießen



225 Leopard-2 Panzer =
ca. 520 Kindertagesstätten

140 Eurofighter =
ca. 3 200 Pflegeheime

40 Kampfhubschrauber =
ca. 2 400 Sozialwohnungen

Inhalt:

J. Spahn/Hartz IV/Demos	S.2
Weg mit den "Strabs"/LaGa-Kosten	S.3
Bürgerbeteiligung/Naturfrevel-Oscar	S.4
Warnstreik im öff. Dienst/Klinikbetten	S.5
Geschichte der DKP Gießen (Teil 1)	S.6
DKP-Parteitag/Regionalliga?/§ 219 a	S.7
Termine/Hände weg von Afrin	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Jens Spahn - der falsche Mann am falschen Platz

Dass die zunehmende Armut in den Koalitionsvereinbarungen ignoriert wurde, ist schlimm genug. Jens Spahn, neuer CDU-Gesundheitsminister (!), leugnet sie sogar und disqualifiziert sich, noch bevor er sein Amt richtig angetreten hat. „Hartz IV“, so Spahn, „bedeutet nicht Armut, sondern ist die Antwort unserer Solidargemeinschaft auf drohende Armut und aktive Armutsverhinderung.“

* **Er leugnet** die EU-Definition, nach der Hartz-IV-Bezieher deutlich unter der Armutsgrenze liegen, also faktisch arm sind.

* **Er leugnet**, dass viele von ihrem Regelsatz ein Teil der Warmmiete bezahlen müssen, weil die Jobcenter sich weigern, die vollen Kosten

zu übernehmen (55 Millionen Euro waren das allein im Sept. 2017).

* **Er leugnet**, dass Hartz IV Mangelernährung bedeutet. Nach wissen-

zu können. Der Regelsatz für Lebensmittel müsste daher bei einem Kalorienverbrauch von 2200 bei mindestens 7,17 Euro liegen statt 4,77 Euro.



* **Er leugnet**, dass diesen armen Menschen mit demütigenden und willkürlichen Sanktionen bei geringsten Verstößen selbst dieses Existenzminimum gekürzt wird.

* **Er hat keine Ahnung** davon, dass sich die Jobcenter in einem Kleinkrieg (s. Kasten) gegen ihre „Klienten“ befinden, die sie permanent schikanieren und demütigen.

schaftlicher Berechnung braucht ein Erwachsener 3,26 Euro pro 1000 Kilokalorien, um sich gesund ernähren

Mit einer Online-Petition wird Spahn aufgefordert, selbst einen Monat lang vom Hartz-IV-Regelsatz zu leben; sie wurde bisher von 160.000 Menschen unterschrieben. Aber dann bitte ohne Luxus-Wohnung und Staatskarosse und ohne vollen Kühl- und Kleiderschrank – und in einer entsprechenden Behausung.

Weg mit Hartz IV

Die Regelsätze zu erhöhen ist notwendig, reicht aber bei weitem nicht aus. Das ganze System muss rückgängig gemacht und eine tragfähige Arbeitslosenversicherung wieder eingeführt werden. Außerdem muss die Arbeitszeit radikal verkürzt werden bei vollem Personal- und Lohnausgleich. Das bringt Arbeitsplätze. Das geht nicht ohne Kampf. Erika Beltz

Der alltägliche Kleinkrieg mit dem Jobcenter

Wie in den vergangenen Jahren hat ein Hartz-IV-Aufstocker beim Jobcenter einen Antrag auf Ausrüstungsbeihilfe für seine Arbeitskleidung (Jacke, Hose und Sicherheitsschuhe) gestellt. Der wurde abgelehnt mit der Begründung, diese Ausgaben seien im Regelbedarf enthalten. Der Betroffene hat umgehend Widerspruch eingelegt. Darin führt er u. a. aus: „Da ich die Kosten von meinem Arbeitgeber nicht ersetzt bekomme, ist das Jobcenter dafür zuständig... Bei meinen bisherigen Arbeitstätigkeiten waren Sicherheitsschuhe zwingend erforderlich und sind es weiterhin. Da das Jobcenter meint, ich würde sie nicht benötigen, fordere ich hiermit das Jobcenter auf, mir eine dauerhafte, existenzsichernde zumutbare Arbeit zu besorgen, bei der keine Sicherheitsschuhe vorgeschrieben sind. Um den höheren Verschleiß an normaler Kleidung zu veranschaulichen, anbei meine alte Arbeitshose und die Sicherheitsschuhe.“



Anlässlich des Internationalen Frauentags demonstrieren etwa 400 Frauen und Männer am 10. März in Gießen für Frauenrechte. Aufgerufen hatte ein Bündnis aus ARAG, DKP, Eritreischer Frauenverein und kurdischen Frauen. Zusammenfassend stellte das Bündnis fest, dass eine wahre Gleichberechtigung nur durch die Überwindung des Kapitalismus erreicht werden kann.

2000 Menschen demonstrieren (nach hr-Angaben) am 24.3. gegen das Auftreten der NPD in Wetzlar, die in der Stadthalle eine Wahlveranstaltung durchführen wollte. Die Stadt hatte jedoch den Mietvertrag verweigert trotz eines gegenteiligen Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der Verhängung von 7000 Euro. Das verdient Anerkennung, gerade auch im Hinblick auf den Gießener Magistrat, der die NPD gewähren lässt, weil sie eine legale Partei sei und Verbote gerichtlich wieder gekippt würden...



Weg mit den "Strabs"

Der Widerstand gegen die „Strabs“ (Straßenausbaubeiträge) wächst - besonders in der Bitzenstraße, wo Hauseigentümer plötzlich zigtausend Euro für die Sanierung der Straße bezahlen sollen und in der Anneröder Siedlung, wo dies noch bevorsteht. In Wetzlar-Münchholzhausen protestieren Betroffene schon lange mit Transparenten an ihren Häusern (s. GE 3/18) sowie mit einer Demo am 23.



Etwa 350 Menschen demonstrierten in Münchholzhausen gegen die Strabs, darunter auch Betroffene aus der Anneröder-Siedlung in Gießen

März. Etwa 80 Millionen Euro kassieren die hessischen Städte und Gemeinden jährlich auf diese Weise zur Finanzierung einer Aufgabe, die zu ihrem eigentlichen kommunalen Kerngeschäft und aus allgemeinen Steuermitteln bezahlt gehört. Schließlich werden öffentliche Straßen von allen genutzt und nicht nur von den Anliegern, die bereits für die Erschließung aufkommen mussten.

Ursache des Skandals ist das hessische kommunale Abgabengesetz von 1970, mit dem die Kommunen aufgefordert werden, für ihre Leistungen zusätzliche Gebühren bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erheben (in anderen Bundesländern ähnlich). Das betrifft nicht nur die Strabs, sondern auch andere kommunale Leistungen. Erst werden die Abzockereien gemeinsam beschlossen, um sich dann unter Berufung auf die Rechtslage die Hände in Unschuld zu waschen und abzukassieren.

In Bayern ist es den Freien Wählern gelungen, genügend Unterschriften für einen Volksentscheid zu sammeln und die CSU – vor den Landtagswahlen – unter Zugzwang zu setzen. Sie fordern zudem die Rückzahlung der Strabs aus den letzten vier Jahren; das wären etwa 200 Millionen Euro.

In Gießen hatte Michael Beltz, Stadtverordneter der Fraktion Gießener Linke, die Abschaffung der Strabs beantragt und die OB aufgefordert, sich beim Hessischen Städtetag dafür zu verwenden.

Selbstverständlich lehnten SPD/CDU/Grüne ab, sprachen von „Großgrundbesitzern“ und drohten mit der Erhöhung der Grundsteuer B. Auch die Linken-Fraktion im Landtag fordert die Abschaffung der Strabs.

Die CDU/Grüne Landesregierung wird reagieren müssen – zu groß ist die



Michael Beltz, DKP, spricht auf der Kundgebung

Wut der Betroffenen und die offensichtliche Ungerechtigkeit. Am Prinzip des Abkassierens bei den Bürgern wird sich nichts ändern. Es gehört zum Wesen dieses Staates, dass die eingenommenen Steuern vorrangig zur Sicherung der Monopolprofite und für Krieg ausgegeben werden, statt den Kommunen die ihnen zustehenden notwendigen Gelder zu geben.

Artikel 137 Hessische Verfassung

„Der Staat hat den Gemeinden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel... zu sichern.“

Kosten der LaGa noch immer verschleiert

Von der verantwortlichen Bürgermeisterin Weigel-Greulich bekommen die Gießener immer noch keine vollständige Übersicht über die Kosten der Landesgartenschau (LaGa) - trotz mehrmaliger Aufforderung durch Michael Janitzki von der Gießener Linken und obwohl seit der letzten Offenlegung schon wieder drei Jahre vergangen sind. Die Bürgermeisterin widerspricht sich, indem sie sagt, „die ursprünglichen Zahlen werden eingehalten“, aber der Aufwand die Kosten und Zahlen zu nennen, sei „in einem nicht vertretbaren Rahmen“. Anhand der vorgelegten Zahlen bis 2013 kann

die Fraktion jedoch nachweisen, dass der geplante Kostenrahmen deutlich überschritten worden sei. Bis Ende 2014 sollten insgesamt 1,925 Mio. Euro „interne Kosten“ anfallen, aber schon Ende 2012 war diese Summe ausgegeben. Besonders kompliziert wird die Situation durch die Tatsache, dass zwei verschiedene Haushalte für die nicht-investiven (bleibenden) Ausgaben existierten. In dem sog. Durchführungshaushalt wurden die Betriebskosten abgewickelt und der Haushalt der „internen Kosten“ wurde für die Personal- und Sachkosten des Büros Landesgartenschau verwendet. Auch

in der letzten Stadtverordnetensitzung drückte sich die BM vor konkreten Angaben. Ihr Gerede ist umso unglaubwürdiger, wenn man berücksichtigt, dass statt der geplanten 700.000 Besucher nur gerade mal 500.000 gekommen sind. Tatsache ist, dass es immer noch keine konkreten Angaben gibt und die Fraktion auch in der nächsten StVV die Bürgermeisterin dazu wiederholt auffordern wird.

Martina Lennartz

Die vollständige Antwort Weigel-Greulichs kann auf der Homepage der DKP nachgelesen werden: <http://www.dkp-giessen.de/index.php/giessenerecho>

Echte Bürgerbeteiligung braucht andere Eigentumsverhältnisse

Kommunalpolitiker, die bürgernah sein wollen (wie Gießens OB Dietlind Grabe-Bolz) reden oft und gerne über Bürgerbeteiligung. Wenn es ernst wird, setzen sie aber doch lieber ihre eigenen Pläne durch. Gießens Stadtführung wollte besonders fortschrittlich sein und formulierte eine vom Stadtparlament gebilligte Satzung zur Bürgerbeteiligung. Die wurde allerdings kaum genutzt. Nach den schlechten Erfahrungen bei Bürgerbegehren, zum Beispiel anlässlich der Landesgartenschau, glaubt kaum noch jemand daran, durch eigene Initiativen die Magistratspolitik beeinflussen zu können.

Der beim Regierungspräsidium (RP) angesiedelten Kommunalaufsicht ging diese Satzung aber trotzdem zu weit. Nach deren Ansicht kann es nicht angehen, dass Bürger irgendeinen Einfluss auf das Stadtparlament nehmen. Bürgerbeteiligung könnte „übergeordnete“ Interessen (Staat, Konzerne, Investoren) beeinträchtigen.

Das Gießener Verwaltungsgericht gab dem RP recht und kassierte wesentliche Teile der Satzung, angeblich widerspricht sie der Hessischen Gemeindeordnung. Wahrscheinlich wird die Stadt jetzt den Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel anrufen, um ihre Satzung doch noch genehmigt zu bekommen. Für die Bürger wird dessen Entscheidung aber keine große Rolle spielen. Auch nach dieser Satzung beschränkt sich deren Beteiligung darauf, Anregungen und Kritik ins Parlament tragen zu können. Das kann man aber auch schon ohne rechtliche Regelungen, sie werden aber nie wirklich ernst genommen.

Magistrate entscheiden, informieren erst dann die Bürger und ziehen ihr Ding durch. Wirkliche Bürgerbeteiligung würde bedeuten, dass schon vor einer Entscheidung ausführlich informiert würde und alle Einwände und Anregungen Einfluss hätten auf das, was dann umgesetzt wird – dazu



bräuchte man keine besondere Satzung.

Um eine wirklich demokratische Kommunalpolitik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen wäre aber mehr nötig als die Mehrheiten in Stadtparlamenten zu ändern, dazu brauchen wir andere Eigentums- und Machtverhältnisse. Gernot Linhart



20. UZ-PRESSEFEST
DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

**KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO
& MICROPHONE MAFIA**

CALVIN BAIRO + KAI DEONHARDT
RELAUS DER GEDER + JANE ZAHN
ERICH SCHAFFNER U.V.M.
KLEZMER + PUNK
LIEDERMACHER
BUMBIA + SHA

THEATER + LESUNGEN
FLICHMARKT + KINDERFEST
BÜCHERMARKT + DISKUSIONEN
AUSSTELLUNGEN + FILME
GRAPHEIN VON DIETER LÜHNKOPF
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN

DKP
www.dkp.de

7. - 9. September 2018
Revierpark Wachingen
Dortmund

Naturfrevel-Oscar für Grüne/SPD/CDU

Die Pläne der Stadtregierung zur Kommerzialisierung der Wiesackaue gehen in ein neues Jahr. Viele Tierarten haben schon fluchtartig das Weite gesucht. Statt des letztjährigen Weinfestes mit angeblich 5000 Feiernden darf der Schützling der (noch) Bürgermeisterin in diesem Jahr ein Bierfest neben dem Biotop organisieren – ökologisch sinnvoll mit südamerikanischem Bier. Garten-, Kinder- u.a. -Feste werden neben den bereits stattfindenden Herbst- und Frühjahrsmes-

sen mit ihren Feuerwerken und Kanonenschlägen doch sicher die Natur in Schach halten.

Welchen Nutzen zieht die Stadt aus diesen Veranstaltungen, die um die „Strandbar“ herum oftmals im Morast versinken, weil das Regenwasser in den verdichteten Böden nicht mehr ablaufen kann? Die Einnahmen der Gewerbesteuer sind sicher nicht so groß, dass es sich lohnt brütende Vögel durch Lärm fortzuschleichen. Wollen sich Grüne/SPD/CDU einen

Oscar für Naturfrevel verdienen? Selbst das Regierungspräsidium in Gießen tut sich schwer. Auf eine Anfrage vom September 2017, ob der RP das Vorgehen der Stadt billige, kam bisher keine Stellungnahme. Lediglich eine Entschuldigung nach 7 Monaten, aber keine Antwort. Nach dem Umweltinformationsgesetz hat jeder Bürger das Recht auf freien Zugang zu Umweltinformationen bei informationspflichtigen Stellen.

Mario Berger

Warnstreiks im öffentlichen Dienst ausgeweitet

Bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen gibt es noch keine Einigung. Die Gewerkschaften fordern für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten sechs Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Die Gehälter sollen aber mindestens um 200 Euro steigen. Dies käme vor allem den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen zugute. Bei einer linearen Erhöhung werden sie regelmäßig schlechter gestellt, denn Preissteigerungen z.B. bei Mieten und anderen Lebenshaltungskosten sind für alle gleich. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) lehnt diese soziale Komponente strikt ab. Bisher ist die VKA nicht einmal bereit, überhaupt

ein Angebot abzugeben. Offenbar will sie nach Gutsherrenart über ihre Untergebenen verfügen.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Verforderung nach 100 Euro mehr für die Auszubildenden, worauf die Vertreter der VKA ebenfalls ablehnend reagieren. Nicht abgeneigt sind sie dagegen, bei der Verlängerung der Regelung zur Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung „entgegenzukommen“. Dabei geht es darum, die Jugendlichen für ein befristetes Arbeitsverhältnis von 12 Monaten zu übernehmen und anschließend unbefristet weiter zu beschäftigen. Zunächst muss aber ein „dienstlicher oder betrieblicher Bedarf“ und anschließend eine „entsprechende Bewährung“ be-

stehen. Wer den Oberen nicht passt, hat kaum Chancen.

Die Beschäftigten sind kampfbereit. In vielen Städten streiken Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungen und kommunalen Betrieben, Erzieherinnen und Krankenpfleger sowie Angestellte der Sparkassen. Die Gewerkschaften werden die Warnstreiks ausweiten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und gegen die Blockadehaltung der VKA zu protestieren. Die DKP unterstützt alle Kolleginnen und Kollegen in ihrem berechtigten Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen und steht solidarisch an ihrer Seite. Rainer Grabowski

Schwarzfahren ungestraft

Während in einigen Kommunen über die freie Fahrt in den öffentlichen Verkehrsmitteln diskutiert wird und die ersten dies probeweise einführen, fand in Gießen der Prozess gegen Jörg Bergstedt statt – wegen Schwarzfahrens. Juristisch ausgedrückt war er wegen des Erschleichens von Leistungen angeklagt, obwohl er sichtbar den Hinweis „Ich fahre umsonst“ trug. Das sah auch die Richterin des Landgerichts so und stellte das Verfahren ein, das sich seit 2013 durch mehrere Instanzen gezogen hatte. Ein Schritt weiter auf dem Weg zum Null-Tarif.



Weniger Klinikbetten? Gut nur für mehr Profit!

Bundesweit, auch in Gießen, waren in den letzten Wochen die Krankenhäuser überfüllt, gleichzeitig war das Personal durch Krankheitsfälle stark ausgedünnt. Geplante Operationen und Behandlungen mussten verschoben werden. Grund war die Grippe-welle, die in diesem Jahr besonders viele Menschen besonders schwer erwischte.

Absurderweise gab es gleichzeitig eine Diskussion darüber, dass es zu viele Krankenhausbetten gäbe – kleinere Kliniken müssten geschlossen werden, größere müssten sich spezialisieren. Wortführer dieser Diskussion war der Chef der AOK, andere Krankenkassen stießen ins gleiche Horn.

Mit dieser Ansicht vertreten sie aber nicht die Interessen der Patienten, sondern ausschließlich ihre eigenen und die der großen Krankenhausbetreiber. Denen reicht die derzeitige Auslastung von etwa 75% nicht, leere Betten bringen keinen Profit. Wie sähe die Krankenversorgung aber bei Grippe-wellen, anderen Epidemien oder Katastrophen aus, wenn schon in normalen Zeiten fast alle Klinikbetten belegt wären? Die Gesellschaft sollte und könnte es sich leisten, genug Platz und Personal in den Krankenhäusern zu haben, um in allen nicht vorhersehbaren Fällen alle Patienten gut versorgen zu können.

Gernot Linhart

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**10 Wochen
kostenlos testen**

Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

DKP
Nachrichtenportal 

news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

4. Juni 1972, DKP-Pressefest im vollbesetzten Saal der Kongresshalle: Das Programm gestalteten die Conrads, Fasia Jansen, Fritz und Christiane und die Songgruppe Gießen mit politischen Liedern und musikalischen Darbietungen... Ein Höhepunkt des Abends war die Vorstellung der nominierten Kandidaten der DKP zur Kommunalwahl. Zuvor hatte die Gießener Songgruppe das von ihr geschriebene Wahlkampflied "Arbeiter, siehste net..." uraufgeführt. Eine Tombola, bei der es 300 Preise zu gewinnen gab und der anschließende Tanz bis um 1 Uhr morgens rundeten das Programm ab. (aus Gießener Echo 6/1972)



50 Jahre DKP: Geschichte der DKP Gießen (Teil 1)

Vor 50 Jahren, am 25. September 1968 wurde die Deutsche Kommunistische Partei – DKP – in Frankfurt konstituiert. Damit die grundgesetzwidrige Remilitarisierung der BRD ohne ihre schärfsten Gegner durchgesetzt werden konnte, war die KPD 1956 verboten, die Kommunisten in die Illegalität gedrängt und verfolgt worden. Am 19. Oktober 1968 gründeten u. a. die Genossinnen und Genossen Anton Kaiser, Ria und Walter Deeg sowie Hans Weiß den Kreis Ausschuss für die DKP Gießen.

So richtig aufwärts mit der DKP ging es jedoch erst 1970, als die ersten „Alt-68er“ eintraten. Auch das „Gießener Echo“ erschien im September 1970 zum ersten Mal und seither monatlich – ohne Unterbrechung. Im gleichen Jahr fand ein Wechsel im Kreisvorstand statt: Vorsitzender wurde Michael Beltz, seine Stellvertre-

terin Ria Deeg, und es wurde das Büro in der Frankfurter Str. 59 bezogen.

Es war die Zeit der Ost-Verträge, deren Funktion des Regime-Changing uns damals noch nicht klar war. Sozialismus war das Thema. An der Uni wurde massenhaft Marx und Engels gelesen, wozu die neugegründete Buchhandlung „Wissen und Fortschritt“ im Schiffenberger Weg die notwendigen Bücher aus DDR-Verlagen lieferte. Zu den Kommunalwahlen 1972 konnte die DKP schon mit einer beachtlichen Kandidatenliste antreten: Michael Beltz, Walter Deeg, Brigitte Gossmann, Hans Weiß, Berthold Müller, Axel Brück, Erika Beltz, Ria Deeg, Alex Walldorf, Gerhard Wißner, Gernot Linhart, Otto Winzen, Arnulf Harder.

So viel aufstrebender Kommunismus war den Herrschenden nicht geheuer. SPD-Kanzler Willy Brandt, der ange-

treten war, „um mehr Demokratie zu wagen“, führte im Januar 1972 mit dem „Radikalen-Erlass“ die Berufsverbote ein. DKP-Mitglieder und alle, die das Grundgesetz ernst nahmen, sollten nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt bzw. entlassen werden. Anfangs traf es vor allem Lehrer: Eckard Althaus, Mario Berger, Claudia Göttmann-Wiegel, Helene Peniuk, Eveline Radzom, Irmgard Wilmes... Esso Roth entfachte eine Kampagne gegen Michael Beltz.

Seit Ende der 70er Jahre ging es dann auch gegen die Postler, in Gießen gegen Axel Brück und Egon Momberger. Das Solidaritätskomitee gegen Berufsverbote mit Sprecher Heinz Nagel kämpfte jahrelang mit unzähligen Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen gegen diese verfassungswidrige Praxis. Rehabilitiert wurden die Betroffenen bis heute nicht – geschweige denn entschädigt.

Am 26. 9. 1995 entschied die Große Kammer des „Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte“ in Straßburg im Fall der Lehrerin Dorothea Vogt: Die Berufsverbote in der BRD sind rechtswidrig!

Trotz dieser Verfolgung entwickelte sich die DKP auch in Gießen rasant. Wir kämpften mit anderen gegen den US-Imperialismus und seinen schmutzigen Krieg in Vietnam, gegen die faschistische Militärjunta in Griechenland, übten Solidarität mit den verfolgten Kommunisten in Chile – und stoppten Strauß. Erika und Michael Beltz



Großer Saal der Kongresshalle Gießen 24. 10. 1974: Kundgebung zu den hessischen Landtagswahlen. Auf dem Podium (von links): Wolfgang Appel, Erika Beltz, Michael Beltz, Herbert Mies (Parteivorsitzender), Axel Brück, Dieter Bender und Michael Huhn. Nach einem Zwischenfall (störende Chaoten und Maoanhänger mussten aus dem Saal entfernt werden) konnte die Versammlung erfolgreich fortgesetzt werden.

Frankfurt: 2. bis 4. März 22. Parteitag der DKP

Spektakuläres fand nicht statt; in entspannter Arbeitsatmosphäre verabschiedeten die Delegierten eine Menge Anträge und wählten den neuen Parteivorstand mit wiederum Patrik Köbele als Vorsitzenden sowie Wera Richter und Hans-Peter Brenner als Stellvertreter. Mit großer Mehrheit wurde der Leitantrag angenommen, nachdem er mit mehr als 300 Änderungsanträgen präzisiert und der PV beauftragt wurde, eine Diskussion für ein neues Parteiprogramm (das derzeitige ist von 2006) zu organisieren. Dem reformistischen Flügel in Südbayern und dem Saarland, der u. a. aufforderte, den Bundestagswahlkampf zu sabotieren, wurden klare Grenzen gesetzt und die Auflösung des Bezirks Südbayern mit großer Mehrheit bestätigt. Außerdem beschloss der Parteitag:

im September das 20. UZ-Pressesfest durchzuführen, nachdem die zur Planung notwendigen 50.000 Euro bereits vorhanden sind und die Aktion der Friedensbewegung, die Unterschriftensammlung „Abrüsten statt Aufrüsten“ zu unterstützen; bis zum UZ-Fest will die DKP 30.000 Unterschriften beitragen. Keine Erfolge gibt es bei der Parteientwicklung; trotz vieler neuer Mitglieder überwiegt die Zahl derer, die – meist durch Tod – die Partei verlassen. Zahlreiche Gäste nahmen teil, darunter Vertreter der Kommunistischen Parteien der Benelux-Staaten, Vietnams, Chinas und Kubas, der SDAJ, der VVN, Gewerkschafter und Vertreter der Friedensbewegung. Erika Beltz, Rainer Grabowski, Martina Lennartz, Gießener Delegierte

SPD kneift - § 219 bleibt?

Lange Zeit sah es aus, als würde der leidige Paragraf 219a endlich gestrichen. Linke, SPD und Grüne waren sich darin einig – und wussten auch Frauen anderer Fraktionen auf ihrer Seite. Nur nicht welche von der AfD: die ist nicht nur gegen jeden Schwangerschaftsabbruch, sondern auch gegen Informationen darüber und demonstriert - wie ihre Vize-Vorsitzende von Storch - mit klerikalen Fanatikern und faschistischen "Lebensschützern", die Ärzte bedrohen und an den Pranger stellen. Das sollte man sich merken.

Mehr als 160.000 Menschen hatten sich mit der Gießener Frauenärztin Kristina Hänel solidarisiert, die im November zu einer Geldstrafe von 6000 Euro verurteilt wurde - wegen angeblicher Werbung für Abtreibung, deren Strafbarkeit, so der frühere SPD-Justizminister Maas, „ein Relikt aus der Nazi-Zeit“ ist. Im Sommer wird die Berufungsverhandlung sein.

Leider muss befürchtet werden, dass sich bis dahin nichts getan haben wird. Denn die SPD hat ihren Gesetzentwurf zur Streichung des Paragraphen wieder zurückgezogen, obwohl dies kein Thema der Groko war - aus reiner voreilender Koalitions-Räson. Das veranlasste sogar die zurückhaltende Frau Hänel im ZDF-Morgenmagazin zur alten Feststellung: Wer hat uns verraten...

Es gibt wohl keine Kröte, die die SPD nicht bereit ist, für ihre Ministerposten zu schlucken. Nach der Bundestagswahl hatte Andrea Nahles vollmundig getönt: "Ab morgen kriegen sie in die Fresse!" - Jetzt, bei erster Gelegenheit, standhaft zu sein, heißt es für die Sozis: "Fresse halten!" E.B.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortlich: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC: SKGIDE5F. Druck: Gründruck. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

**Redaktionsschluss für
Mai-Echo: Mi., 18. April**

Abtreibung ist Mord am ungeborenen Leben! Verhütung ist Massenmord am ungezeugten Leben! Enthaltensamkeit ist ein Massaker am potentiellen Leben!

...Äh... Moment...



Demnächst Regionalliga?

Die Abteilung Fußball des ruhmreichen VFB 1900 Gießen hat sich nach Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst und wird komplett von der SC Teutonia Watzenborn-Steinberg übernommen. Die Teutonia, mit Chef Fischer an der Spitze, will schnellstmöglich in die Regionalliga aufsteigen und muss einige formale Bedingungen erfüllen. Dazu gehören u.a. auch einige am Spielbetrieb teilnehmende Jugendmannschaften, die der VFB 1900 zur Zeit in den höheren Jugendligen hat, während die einzige Aktivenmannschaft des VFB 1900 in der Gruppenliga akut abstiegsgefährdet ist. Also eine win-win Situation; zumindest für die Teutonia, die mit der Übernahme die vorgeschriebenen Jugendmannschaften vorweisen kann. Gespielt werden soll dann laut Fischer im Gießener Waldstadion; allerdings ist dies samt Umfeld stark renovierungsbedürftig. Rein vorsorglich hat die Stadt Gießen die für 2018 geplanten Instandsetzungen zunächst ausgesetzt, bis eine Einigung über Benutzung und Kosten erzielt wird. Ob die Stadt Gießen schon darüber nachdenkt, das seit Jahren kostenverursachende Waldstadion für einen ordentlichen Preis an Großinvestor Fischer (Outlet Center Garbenteich!) zu verkaufen? Der Erlös des Verkaufs ist dann bitte in Gießener Sportanlagen zu investieren. So könnten auch die in Gießen fehlenden Kunstrasenplätze finanziert werden. Helmut Appel

200 JAHRE KARL MARX

Marburg: Dienstag, 10. April 2018, 19.30 Uhr, Bahnhofstr. 6, Käte-Dinnebier-Saal.

Veranstaltet von der DKP Marburg

Gießen: Donnerstag, 12. April 2018, 19 Uhr, Kongresshalle, Berliner Platz 2, Versailles-Zimmer

Veranstaltet vom DGB Mittelhessen

Referent: Georg Fülberth, Marburg

Vor-Mai Veranstaltung von DKP und SDAJ

Mittwoch, 25. April, 19 Uhr im DGB-Haus, Walltorstr.17, Dachsaal, mit

Axel Koppey, Vorsitzender DKP Hessen



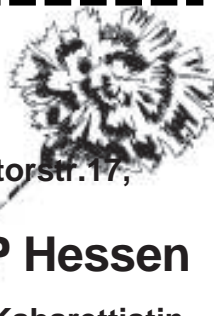
Kulturprogramm mit der Kabarettistin
und Liedermacherin

Jane Zahn

mit Liedern und Texten zur Arbeiter-
bewegung

Cocktailbar mit Mojitos

Eintritt frei - Spende erwünscht



Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2018 und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die
Echo-Redaktion

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Hände weg von Afrin – Hände weg von Syrien! NATO-Staaten raus aus Syrien!

Der völkerrechtswidrige Einfall der türkischen Armee und fundamentalistischer Milizen der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) in die syrische Stadt Afrin ist in mehrfacher Hinsicht eine Tragödie: Es ist eine Tragödie, dass hunderte Menschen ums Leben kamen und zehntausende aus Afrin fliehen mussten -ein Großteil von ihnen nicht zum ersten Mal während des anhaltenden Kriegs gegen Syrien. Es ist eine Tragödie, dass die türkische Armee und die FSA-Kämpfer Afrin nicht nur plünderten, sondern durch Schändung von Friedhöfen und die Zerstörung kurdischer Symbole die Bewohner Afrins und ganz Syriens demütigten... Die deutsche Bundesregierung ... trägt nicht nur Ver-

antwortung für die türkische Aggression gegen Syrien durch ihr Schweigen – es sind unter anderem die von ihr genehmigten Rüstungsexporte in Form von Leopard-Panzern, die diesen Krieg erst ermöglichten. Diese deutsche Bundesregierung steht in einer Reihe mit den NATO-Staaten, die ein zentrales Ziel in der Region eint: Syrien zu zerschlagen, dessen Regierung unter Baschar al-Assad nicht bereit ist, sich den geostrategischen Interessen der NATO-Staaten in der Region zu unterwerfen.

Die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten fordern deshalb: Sofortiger Stopp aller deutschen Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten!

Sofortige Aufhebung aller Sanktionen gegen Syrien! Sofortiger Abzug aller deutschen Soldaten aus der Region! NATO-Besatzer raus aus Syrien – Deutschland raus aus der NATO! Unsere Solidarität gilt allen Kräften in Syrien, die sich der türkischen Aggression entgegenstellen, die Autonomierechte des kurdischen Volkes und die staatliche und territoriale Integrität Syriens verteidigen.

Aus: Erklärung der DKP-Vorsitzenden zu der türkischen Aggression in Afrin - <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2018/03/erklaerung-der-dkp-vorsitzenden-zu-der-tuerkischen-aggression-in-afrin/>

1. Mai: Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Montag, 30. April: 20 Uhr, im Jokus, Westanlage

Vormai-Veranstaltung der DGB-Jugend mit "Skameleon"

Dienstag, 1. Mai: 11 Uhr, Brandplatz in Gießen, Treffpunkt zur

Mai-Demonstration des DGB

anschließend Abschlusskundgebung auf dem Kirchenplatz